



FDP Seebezirk

Silvan Jampen, Präsident
Pfisters Reben 19
3210 Kerzers
Tel: 079 290 24 43
E-Mail: praesident@fdp-seebezirk.ch
www.fdp-seebezirk.ch

An die
Vertreterinnen und Vertreter der
kantonalen und regionalen Presse

Kerzers, 6. Mai 2008

Pressecommuniqué

**FDP See:
Parolen zu den wichtigen Abstimmungen vom 1. Juni 2008**

Der Vorstand der FDP des Seebezirks spricht sich für den Gesundheitsartikel aus. Demgegenüber lehnt er die sogenannte „Maulkorb“-Initiative und die Einbürgerungs-Initiative ab. Auf kantonomer Ebene begrüsst die FDP See den Kredit zur Sanierung des Gambach-Kollegiums und stimmt dem Einbürgerungsgesetz zu.

Gesundheitsartikel: Ja zu einer nachhaltigen Gesundheitspolitik

Der Vorstand der FDP des Seebezirks empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, den Gesundheitsartikel in der Bundesverfassung anzunehmen. Um die ausufernden Kosten in den Griff zu bekommen, sind Transparenz und Wettbewerb auch im Gesundheitswesen unabdingbar.

Der Monismus, d.h. das Bezahlen der Kosten aus einer Hand, wird schon seit langem angestrebt, um die Gesamtheit der Gesundheitskosten transparent zu machen. Die Kantone befinden sich diesbezüglich in einem ständigen Interessenkonflikt: Einerseits planen sie die Spitallandschaft, andererseits betreiben sie eigene Spitäler und richten Zahlungen direkt an diese Leistungserbringer aus. Die Krankenversicherer demgegenüber betreiben nur die Versicherung der Gesundheitskosten. Da sie untereinander im Wettbewerb stehen, haben sie auch ein Interesse, die Leistungen kritisch zu prüfen.

Dass unter diesen Rahmenbedingungen neben den kantonalen Gesundheitsdirektoren auch die Ärzte und Apotheker gegen den Gesundheitsartikel sind, vermag nicht zu erstaunen: Wer will schon auf seine staatlich garantierte Einnahmequelle verzichten. Das Gesundheitswesen krankt jedoch gerade daran, dass die Leistungserbringer immer mehr Geld kosten, und die Bürgerinnen und Bürger demgegenüber nur beschränkte Möglichkeiten haben, sich dieser Kostenspirale zu entziehen.

Verantwortungsbewusste und nachhaltige Politik versucht deshalb, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Nicht mehr Staat, wie dies die Linken anstreben, sondern mehr Freiheiten für die Bürgerinnen und Bürger sind nötig. Wettbewerb auch im Gesundheitswesen sichert die Qualität und die Bezahlbarkeit auf lange Frist am ehesten.



Nein zur sogenannten „Maulkorb“-Initiative

Die FDP des Seebezirks lehnt die Initiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ ab. Diese Initiative führt nicht zu besserer Information der Stimmbürgerinnen und -bürger, was sie eigentlich anstreben möchte: Dadurch nämlich, dass Bundesrat und Verwaltung in Zukunft sich nicht mehr zu Abstimmungsvorlagen äussern dürften, würde die Qualität der Information gerade nicht verbessert.

Angesichts der populistischen Kraftmeiereien von links und rechts in den vergangenen Jahren müsste man geradezu eine Verluderung der Informationspolitik im Vorfeld von Abstimmungen befürchten. Ganz abgesehen davon, soll nicht jene politische Kraft Abstimmungskämpfe gewinnen können, die am lautesten und mit den teuersten Kampagnen für ihre Sichtweise kämpft.

Nein zur Einbürgerungsinitiative der SVP

Handelt es sich bei dieser Initiative um einen Kampf, ob die Einbürgerung in der Schweiz ein Recht mit Rekursmöglichkeit darstellen soll? Oder geht es darum zu entscheiden, welche Behörde rechtsstaatlich am ehesten geeignet ist, über die Erteilung des Bürgerrechts zu befinden?

Obschon das Volk die oberste Entscheidungsinstanz ist und bleibt, würde die Annahme der Initiative nicht garantieren, dass Einbürgerungsentscheide auf der Grundlage aller wesentlichen Informationen und damit objektiv gefällt würden. Ein Rechtsstaat verlangt aber genau dies. Abschliessende Entscheide ohne Rekursmöglichkeiten sind das falsche Mittel, um „fehlerhafte“ Einbürgerungen zu verhindern.

Viel wichtiger ist, dass die Kantone in eigener Souveränität entscheiden können, welche Behörden auf ihrem Gebiet am ehesten geeignet sind, Einbürgerungsentscheide zu fällen. Das können Gemeindeversammlungen, Kommissionen oder die Exekutive sein. Wichtig ist, dass Einbürgerungsentscheide durch ein demokratisch legitimes Organ aufgrund von objektiven Kriterien gefällt werden und nicht Emotionen willkürliche, nicht mehr rückgängig zu machende Entscheide bestimmen.

Die FDP des Seebezirks spricht sich deshalb gegen die SVP-Initiative aus. Aus den gleichen Überlegungen empfiehlt die FDP des Seebezirks auch die Annahme des kantonalen Einbürgerungsgesetzes.

Ja zu Sanierung Gambach

Das Kollegium Gambach hat seine oberste Grenze an Schülern und Klassen bereits 1999 erreicht. Es handelt sich folglich hier nicht nur um die Sprengung eines Betrages zur Sanierung und Erweiterung eines Gebäudes. Vielmehr geht es aus Sicht der FDP auch darum zu zeigen, welche Bedeutung der Kanton der höheren Schulbildung und der optimalen Vorbereitung seiner Jugend auf die Zukunft beimisst. Die FDP des Seebezirks spricht sich deshalb für den Gambach-Kredit aus.

Für weitere Informationen:

Silvan Jampen, Präsident FDP des Seebezirks, Tel. 079 290 24 43